

Umstrukturierungen in Trumps Wahlkampfteam und Kritik an anstehender Exekution in Texas

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 15. bis zum 19. August 2016

(kf) Auch in dieser Woche dominierte wieder einmal der US-Wahlkampf die amerikanische Medienlandschaft. Insbesondere die personellen Umstrukturierungen innerhalb Donald Trumps Lager sorgten für viel Wirbel. Aufsehen erregte außerdem die anstehende Hinrichtung von Jeff Wood in Texas. Dessen Strafmaß wird von vielen als unangemessen angesehen, da er lediglich Komplize in einem Raubüberfall mit Todesfolge war, den Mord jedoch nicht begangen hat.

Mit personellen Neubesetzungen in seinem Wahlkampfteam hat Donald Trump in dieser Woche überrascht. Zum Anfang der Woche erweiterte er die Leitung seiner Kampagne um zwei Posten. Stephen Bannon, der zuvor die rechtskonservative, für ihre „Anti-Establishment“ Artikel bekannte Nachrichtenseite *Breitbart* leitete, ist nun Trumps CEO. Des Weiteren beförderte Trump Kellyanne Conway, die in der Vergangenheit Umfragen im Auftrag von republikanischen Kandidaten durchführte und auch an Cruz' Vorwahlkampfkampagne beteiligt war, zur Kampagnenmanagerin. Zum Ende der Woche trat dann der bisherige Mann an der Spitze, Paul Manafort, zurück, nachdem er über seine geschäftlichen Beziehungen in die Ukraine in Kritik geraten war. In den amerikanischen Medien wird dieser Wandel als Trumps Reaktion auf schlechte Umfrageergebnisse gesehen. In den letzten Wochen lag er weit abgeschlagen hinter Hillary Clinton. Die meisten Zeitungen sind sich aber einig, dass diese Umstrukturierung kein Wandel zum Guten ist. Obwohl das *Wall Street Journal* zwar die Beförderung von Kellyanne Conway, die es als eine klassische Konservative einschätzt, befürwortet, sieht es wie andere Zeitungen auch vor allem die Rolle von Stephen Bannon sehr kritisch. Viele Printmedien betonen, dass *Breitbart* keineswegs eine traditionell konservative Sichtweise vertritt, sondern häufig auch etablierte Mitglieder der GOP angreift. Eugene Robinson von der *Washington Post* fürchtet, dass Trump nun noch weiter in eine ultra-rechte Propaganda abdriften wird, die zwar Angst verbreiten soll, aber nicht in der Realität verankert ist. Während alle Zeitungen die neue Ausrichtung von Trumps Kampagne kritisch sehen, sind sie sich auch einig, dass sie nicht von Erfolg gekrönt sein wird.

Die *LA Times* glaubt nicht, dass Bannons Botschaft neue Anhänger überzeugen kann. Vielmehr müsste Trump dafür potentielle Wähler identifizieren und diese dann direkt persönlich ansprechen. Dafür bräuchte er allerdings einen großen und gut organisierten Apparat, welcher aber nur mit Hilfe der Republikanischen Partei realisierbar wäre. Diese habe er mit der Anheuerung Bannons allerdings erneut vor den Kopf gestoßen. Die *Washington Post* glaubt nicht nur, dass die Neuausrichtung Trumps Rückstand zementiert, sie sieht sie auch als gefährlich für die Republikanische Partei an. Eugene Robinson zeigt auf, dass Trumps Botschaft nur wenig mit den traditionell amerikanischen Werten zu tun hat, die die GOP normalerweise vertritt. Da sich die Spitze der Partei aber bis jetzt noch immer nicht von Trump losgesagt hat, befürchtet er, dass sie einen bleibenden Imageschaden davontragen könnte. *Politico* widerspricht allerdings dieser Einschätzung der *Washington Post*. Die Zeitung glaubt nicht daran, dass die Republikanische Partei an Donald Trump zugrunde gehen wird, sondern zeigt vielmehr auf, dass das Parteiensystem der USA in den vergangenen 150 Jahren sehr stabil gewesen ist. Auch wenn es innerparteilich immer wieder ideologische Krisen und Streitigkeiten gab, ist doch keine Partei verschwunden oder neu dazugekommen. Die *Politico*-Redakteure schließen daraus, dass das parteipolitische System in den USA so strukturiert ist, dass Parteien in der Auseinandersetzung mit neuen Problemen zwar in Krisen geraten können, sich aber letztendlich immer wieder erholen. Dementsprechend ist *Politico* auch hoffnungsvoll, dass sich die Republikaner von Trump erholen werden können, ohne zu zerbrechen.

Innenpolitisch beschäftigten sich die Redaktionen mit der anstehenden Hinrichtung von Jeff Wood in Texas. Obwohl er im Jahr 1996 lediglich Komplize in einem Raubüberfall war, bei dem sein Partner einen Angestellten erschoss, wurde auch er zum Tode verurteilt. Möglich ist das in Texas aufgrund des so genannten „Law of Parties“, nach dem alle irgendwie an einer Tat beteiligten Personen gleich bestraft werden können. Doch nun, wo seine Exekution kurz bevorsteht, wird Kritik laut: sowohl die *New York Times* und die *Washington Post*, als auch die *Dallas Morning News* rufen den Gouverneur von Texas, Greg Abbott, dazu auf, den Insassen zu begnadigen. Die *New York Times* weist darauf hin, dass es Zweifel an der Schuldfähigkeit Woods gibt: so liegt sein IQ etwa bei nur 80, und seine letzte geplante Hinrichtung wurde aufgrund von „exzentrischem Verhalten“ von einem Richter verschoben. Aber die Zeitung zweifelt nicht nur dieses individuelle Urteil an, sie hält das „Law of Parties“ für inhärent unfair. Diese Meinung wird von der Redaktion der *Washington Post* geteilt: Sie erläutert, dass die staatliche Tötung von nicht-Mördern geradezu absurd ist. Außerdem prangert sie strukturelle Probleme im texanischen Justizsystem an, das jemanden

in der Verfassung Jeff Woods zum Tode verurteilt. Die *Washington Post* geht aber noch einen Schritt weiter: Sie beschreibt die Todesstrafe als grundsätzlich grausam und archaisch. Deshalb fordert sie Texas dazu auf, die Ausübung der Todesstrafe in Zukunft zu unterlassen. In der *Dallas Morning News* wird ein divergierender Ansatz vorgestellt: David Simpson ist zwar auch der Meinung, dass Jeff Woods begnadigt werden sollte, er zweifelt aber weder die Todesstrafe grundsätzlich, noch das „Law of Parties“ an. Er argumentiert, dass das von Gott gegebene menschliche Leben so wertvoll ist, dass dessen Beendigung auch mit gleichem bestraft werden muss. Auch das „Law of Parties“ verteidigt er. In manchen Fällen könne ein Komplize so sehr in eine Tat involviert sein, dass auch er eine immense Schuld trägt, selbst wenn er nicht selbst den Mord begangen hat. Nach Simpsons Meinung kann die Todesstrafe in solch einem Szenario die angemessene Bestrafung sein, aber nur, wenn keine Zweifel am Verfahren bestehen. Im Falle von Jeff Wood gibt es aber laut Simpson zu viele offene Fragen, um eine Exekution zu rechtfertigen. Er weist allerdings noch einmal darauf hin, dass Woods Tat schwerwiegend war und auch dementsprechend hart—also mit lebenslanger Haft—zu bestrafen sei. Auch wenn sich viele Zeitungen für eine Begnadigung Woods aussprechen, sind sie doch skeptisch ob es auch dazu kommen wird: Insbesondere die *New York Times* weist darauf hin, dass es in Texas seit neun Jahren keine einzige Begnadigung gegeben hat.

Quellen:

<http://www.nytimes.com/>

<http://www.washingtonpost.com/>

<http://www.dallasnews.com/>

<http://www.wallstreetjournal.com/>

<http://www.politico.com/>